

Erklärung der DFG-VK NRW zu der Kriegssituation um den "Islamischen Staat"



Unter der Bezeichnung „Islamischer Staat“ (IS) führen hochgerüstete und finanziell bestens ausgestattete nichtstaatliche Kräfte, angetrieben von einer extrem reaktionären Auslegung des Islam, Kriege im Nahen und Mittleren Osten, um ein von ihnen beherrschtes Kalifat zu errichten. Die Folgen sind unglaubliches Leid für die betroffenen Völker, unkontrollierbare Flüchtlingsströme und eine Zuspitzung der politischen wie wirtschaftlichen Destabilisierung der Region, die schon zuvor von den von NATO und USA aus reinem Eigeninteresse angezettelten Kriegen unter anderen in Irak, in Afghanistan, in Libyen bewirkt wurde.

Wir verwahren uns nicht nur grundsätzlich dagegen, dass diese unerträgliche Kriegssituation mit militärischen Mitteln zu lösen sei. Wir verurteilen auch im Besonderen die nun vorangetriebene Politik der Waffenlieferungen an einzelne Konfliktparteien und die Luftangriffe auf vermeintliche Stellungen der IS, weil sie keinerlei Lösung darstellen, sondern ausschließlich das Blutvergießen fortsetzen und verstärken. Die Ausweitung von Angriffen auf syrische Gebiete, die den IS treffen sollen, ist völkerrechtswidrig. Auch dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen; auch dieser Krieg zeigt, dass die NATO-Staaten unter Bruch der UN-Charta nach eigenem Gutdünken Krieg führen; auch dieser Krieg läuft Gefahr, dass weitere Staaten hineingezogen werden. Dagegen sind nichtmilitärische Maßnahmen, die der IS ihre finanzielle, personelle und militärische Unterstützung entziehen könnten, bisher kaum zu beobachten.

Wir fordern daher

- **den bedingungslosen Stopp der Unterstützung der IS durch Regierungen wie die der Türkei, Saudi-Arabiens und Katar**
- **die sofortige Einstellung von Waffenlieferungen in den Irak aber auch an alle Unterstützer der IS wie Saudi-Arabien und Katar**
- **die direkte humanitäre Hilfe für die betroffenen Menschen, die Schaffung von ausreichenden Fluchtmöglichkeiten u.a. durch Nachbarländer wie Türkei und Iran sowie die Versorgung der Flüchtlinge durch UNHCR und UNICEF**
- **die Einrichtung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen und Mittleren Osten, um die Probleme dieser Region zusammenhängend und nachhaltig anzugehen**

Düsseldorf, September 2014